

WNKUWG regt eine Beschäftigungsgesellschaft an BH 01.10

(pd) Die WNKUWG stellt für die Sitzung des Sozialausschusses den Antrag, dass eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft für Gemeinarbeit eingerichtet wird. Weiterhin möge die Stadt Wermelskirchen prüfen, ob eine Verwirklichung durch interkommunale Zusammenarbeit mit anderen kreisangehörigen Städten möglich wäre, um Synergien nutzen zu können.

Viele arbeitsfähige Transferleistungsempfänger, unabhängig von ihrer Herkunft, haben eine wichtige Befähigung oder Grundkompetenz für den ersten Arbeitsmarkt verloren

oder nie besessen, einen geordneten, strukturierten Tages- und Wochenablauf zu verinnerlichen, heißt es in der Begründung zum Antrag. So sei es nicht verwunderlich, dass einige Menschen trotz einer wachsenden Wirtschaft nicht vom Aufschwung partizipieren. Eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft für Gemeinarbeit sei ein geeignetes Instrument, diese Kompetenzen zu vermitteln und zu festigen, mit dem Ziel, die Menschen langfristig für den ersten Arbeitsmarkt zu gewinnen.

Der WNKUWG sei klar, dass hier-



Eine Beschäftigungsgesellschaft könnte bei der Grünflächenfläche helfen, so die WNKUWG.

FOTO: BÜBA

bei besondere Rücksicht auf Sucht- oder psychische Erkrankungen sowie Sprachbarrieren genommen werden müsse. Es bedürfe eines umfangreichen Netzwerks, um Betroffene beruflich auf die Sprünge zu helfen. Personen mit einem Grad der Behinderung (GdB) von 50 und größer seien allerdings ausdrücklich ausgenommen. Für alle anderen sollte eine interkommunale Zusammenarbeit – unter aktiver Einbeziehung der Arge – von der Stadt Wermelskirchen geprüft und umgesetzt werden. Außerdem schaffe die Teilnahme an der „Ge-

meinarbeit“ einen sinnvollen und nachhaltigen Beitrag zur Integration und löse die oft beklagte Langeweile in den Unterkünften auf, so der Antragsteller. Die Teilnahme vermittele das positive Gefühl, einen Nutzen für die Gemeinschaft stiften zu können. Dies fördere die Akzeptanz der Bürger und baue Vorurteile gegenüber den Empfängern von Transferleistungen, ganz gleich welcher Herkunft, ab. Wirkungsfelder gebe es reichlich. Denkbar seien Grünflächen- und Friedhofspflege, sowie die Instandhaltung städtischer Waldgebiete.

WNKUWG: Sicherheit für Fußgänger verbessern BH 01.10

(pd) Die WNKUWG möchte die Verkehrssicherheit in der Innenstadt verbessern und stellt dazu einen Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr. Die Stadtverwaltung solle beauftragt werden, zwei Maßnahmen umzusetzen:

① Die Thomas-Mann-Straße (ab der Einmündung der Ampelanlage

am Aldi-Parkplatz), die Pfarrstraße, die Kreuzstraße und die Bahnhofstraße werden als Tempo-30-Zonen ausgewiesen. Als Begründung führt die WNKUWG an, dass es in diesem Bereich am Busbahnhof und angesichts der Schulwege ein hohes Aufkommen an Fußgängern gebe. Deren Sicherheit solle durch die Einrichtung der Tempo-30-Zone

erhöht werden. Zudem ist der südliche Teil der Thomas-Mann-Straße bereits seit Jahren als Tempo-30-Zone ausgewiesen; eine Unterteilung der Straße in zwei verschiedene Geschwindigkeiten sei nicht sinnvoll. Der neue Fahrbahnbelag in Teilen der beschriebenen Straßen – insbesondere der Busspur in der Pfarrstraße – führe zu deutlich höheren

Abrollgeräuschen, als der vorherige Belag. Durch Tempo 30 sollen diese Geräuschbelastungen gesenkt werden.

② Über die Verbindungsstraße entlang der Feuerwache wird im Bereich der Einmündung am AJZ in die Wolfhagener Straße ein Zebrastreifen eingerichtet. Denn die Fußgänger-Verbindung aus dem Wohnge-

biet Wolfhagen über die Brücke über die B51 am AJZ werde sehr stark frequentiert. Die Querungen über die B51 und den Brückenweg seien mit der Fußgängerbrücke und der Überquerungshilfe gut gesichert. Lediglich die Verbindungsstraße müssten die Fußgänger ungeschützt passieren. Diese Situation sei zu verbessern.

WNK/UWG will Sicherheit für Fußgänger *WKA 01.10.*

Die WNK/UWG-Stadtratfraktion möchte die Verkehrssicherheit in der Innenstadt verbessert wissen und stellt dazu einen Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr. Die Verwaltung soll Folgendes prüfen: Die Thomas-Mann-Straße, die Pfarrstraße, die Kreuzstraße und die Bahnhofstraße sollen als Tempo-30-Zonen ausgewiesen werden. Dort gebe es ein hohes Aufkommen an Fußgängern. Der neue Fahrbahnbelag in Teilen der beschriebenen Straßen – insbesondere der Busspur in der Pfarrstraße – führe zudem zu deutlich höheren Abrollgeräuschen als der vorherige Belag. Und: Über die Verbindungsstraße entlang der Feuerwache soll im Bereich der Einmündung am AJZ in die Wolfhagener Straße ein Zebrastrifen eingerichtet werden. Die Fußgängerverbindung aus Wolfhagen über die Brücke über die B 51 am AJZ werde sehr stark frequentiert. Die Querungen über die B 51 und den Brückenweg seien mit der Fußgängerbrücke und der Überquerungshilfe gut gesichert. Lediglich die Verbindungsstraße sei für Fußgänger verbesserungswürdig. *pd/ red*

VEREINSTICKER

BH 03.10.

Spanferkelessen bei der WNKUWG

(pd) Rund 35 Besucher, darunter Gäste aus der Verwaltungssitze, bestehend aus dem Ersten Beigeordneten, **Stefan Görnert**, dem Technischen Beigeordneten, **Thomas Marner**, sowie dem ehemaligen Kämmerer, **Bernd Hibst**, konnte WNKUWG-Vereinsvorsitzender **Stefan Kind** bei der Jahresabschlussfeier des Bürgervereins begrüßen. Traditionell bildet das Spanferkelessen in der Gaststätte Junker in Dreibäumen den Ausklang des Vereinsjahres. Neben der Geselligkeit von Mitgliedern und Freunden der WNKUWG stand natürlich auch das politische Tagesgeschäft im Fokus. Stefan Kind verwies auf die bevorstehende Podiumsdiskussion der WNKUWG am 25. Oktober, 19.30 Uhr, Kattwinkelsche Fabrik zum Thema „Hausärztliche Versorgung in Wermelskirchen – wie geht es weiter?“. Die WNKUWG freue sich besonders auf die Teilnahme von Bundes- und Landtagsabgeordneten, der Kassenärztlichen Vereinigung sowie der hiesigen Ärzteschaft und des Geschäftsführers des Kranken-

hauses, **Christian Madsen**, um gemeinsam Lösungen zur Behebung der ärztlichen Unterversorgung zu finden. „Auch ab Herbst 2018 fortfolgend werden wir von der WNKUWG wieder Themengebiete aufgreifen, die die politischen Parteien und der Bürgermeister vor Ort ignorieren, obgleich eine Bedeutung für die Wermelskirchener Bevölkerung besteht“, sagte Kind, der sich auf eine kontroverse Diskussion zu diesem wichtigen Thema freut.



Auch Stefan Görnert, Erster Beigeordneter, war unter den Gästen. FOTO: ARCHIV

SPD will mehr bezahlbare Wohnungen

Fraktionen legen Anträge für die Zeit nach den Herbstferien vor.

Die Ratsarbeit in den Ausschüssen ruht während der Herbstferien zwar, die Fraktionen haben aber Anträge für die Sitzungen nach den Ferien hinterlassen.

Ein Antrag der SPD-Fraktion beschäftigt sich mit der Wohnraumsituation in Wermelskirchen und soll zur Verbesserung des Angebots an be-

zahlbaren Wohnungen führen. Unter anderem sieht er vor, städtische Grundstücke nicht vorrangig mit Gewinnerzielungsabsicht zu verkaufen, wenn sie zum Bau von Mietwohnungen genutzt werden.

Die Fraktion von WNK UWG beschäftigte sich einmal mehr mit dem Ausbau des Loches-Platzes. Sie legt zur nächsten

Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr einen umfangreichen Fragenkatalog als Anfrage vor. Wenn der **Loches-Platz** durch Einbeziehung von Privatgrundstücken vergrößert werden könne, welche Konsequenzen hätte das beispielsweise für die **Kirmes**, will die Fraktion wissen. *WKA 15.10. kam*

Fraktion will Gesellschaft für Gemeinarbeit

WNK/ UWG stellt
Antrag für
Sozialausschuss.

Die WNK/UWG stellt für die Sitzung des Sozialausschusses den Antrag, eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft für Gemeinarbeit einzurichten. Zudem möge die Stadt prüfen, ob eine Verwirklichung durch interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Städten möglich wäre, um Synergien nutzen zu können.

Viele arbeitsfähige Transferleistungsempfänger, unabhängig von ihrer Herkunft, haben eine wichtige Befähigung oder Grundkompetenz für den ersten Arbeitsmarkt verloren oder nie besessen, nämlich einen geordneten, strukturierten Tages- und Wochenablauf zu verinnerlichen, heißt es in der Begründung. So sei es nicht verwunderlich, dass einige Menschen trotz einer wachsenden Wirtschaft nicht vom Aufschwung partizipieren. Eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft für Gemeinarbeit sei ein geeignetes Instrument, diese Kompetenzen zu vermitteln, mit dem Ziel, die Menschen langfristig für den ersten Arbeitsmarkt zu gewinnen. Der WNK/UWG sei klar, dass hierbei besondere Rücksicht auf Sucht- oder psychische Erkrankungen sowie Sprachbarrieren genommen werden müsse. Es bedürfe eines umfangreichen Netzwerks, um Betroffenen beruflich auf die Sprünge zu helfen. Personen mit einem Grad der Behinderung von 50 und größer seien ausgenommen.

Denkbar seien Grünflächen- und Friedhofspflege sowie die Instandhaltung städtischer Waldgebiete.

s-g

Gibt es genügend Hausärzte? **BH 73.10.**

(tei.-) Das könnte eine heiße Debatte werden: „Hausärztliche Versorgung – wie geht es weiter?“ heißt es in der Katt. Die WNKUWG hat das Thema aufgegriffen, seit auch in Wermelskirchen die hausärztliche Versorgung ausdünnt. Denn nach dem Tod von Thomas Sachser ist kein Hausarzt die Praxis übernommen – das ländliche Wermelskirchen scheint nicht mehr interessant. Was für Zukunftsmodelle gibt es? Wie wird die Versorgung gesichert? Alles Fragen, die diskutiert werden. Auf dem Podium sitzen Dr. Hermann-Josef Tebroke (MdB-CDU), Rainer Deppe (MdL-CDU), Rainer Bleek (Bürgermeister), Dr. Heribert Otto Wiemer (Kassenärztliche Vereinigung), Tobias Hopff (Obmann der niedergelassenen Ärzte) und Christian Madsen (Geschäftsführer Krankenhaus).

Do. 25. Oktober, 19.30 Uhr, Kattwinkelstraße 3.

Stadt will Grünflächenpflege optimieren

16.11.10.

Seit Jahren fordert die Politik ein Kataster für die städtischen Grünanlagen. Im November wird die Verwaltung Prioritätenliste vorlegen.

Von Karsten Mittelstädt

Claus Füllhase kritisierte vor etwa einer Woche an dieser Stelle den Zustand der Hüppanlage, die nicht mehr sehr gepflegt aussehe. Das nimmt der Vorsitzende der WNK UWG, Stefan Kind, zum Anlass, noch einmal an das Thema Grünflächenkataster zu erinnern. Ein Thema, das schon seit vielen Jahren durch die Ratsgremien geistert. „Ich schätze, das wird schon seit zehn Jahren diskutiert“, meint WNK UWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. Doch nun scheint es endlich soweit zu sein. „Das Grünflächenkataster ist zwar noch nicht komplett, wir werden der Politik in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Bau am 20. November einen Vorschlag vorlegen können“, erklärt der Technische

Beigeordnete Thomas Marner auf WGA-Anfrage.

Die Politik wird dann auf Grundlage des Katasters entscheiden können, welche Grünflächen, mit welcher Priorität, wie gepflegt werden sollen. Warum hat der Aufbau des Katasters, das die Pflege der städtischen Grünflächen optimieren soll, so lange gedauert? Weil eine Menge von Daten erfasst werden müsse, erklärt Marner. „Dazu gehören ja nicht nur Parks, Schulhöfe oder die Grünanlagen auf Spielplätzen“, sagt er. Randstreifen, Verkehrsinseln, sofern sie sich nicht an Kreis-, Land- oder Bundesstraße befinden, ja jede Baumscheibe in der Stadt musste erfasst werden. „Danach müssen sie das Ganze abfahren, eventuell vermessen und erfassen, was an Bewuchs vorhanden ist. Selbst

wenn wir einen Mitarbeiter hätten, der sich ein ganzes Jahr nur darum kümmern könnte, würde das nicht ausreichen.“ Marner schätzt, dass das Grünflächenkataster mittlerweile zwischen 60 und 80 Prozent der Grünflächen Wermelskirchens erfasst. Jedenfalls soviel, dass den Ratsmitgliedern eine Prioritätenliste vorgeschlagen werden kann.

„Die Pflegepläne wurden aufgestellt, als es noch mehr Personal gab.“

Thomas Marner, Beigeordneter

Dass nicht alle Anlagen wie etwa im Buckingham-Palast gepflegt werden können, sei klar, erläutert Marner weiter. Letztlich sei es eine Frage des Geldes, wie gepflegt die städtischen Anlagen aussehen können. Die Verwaltung hat aber bereits im Herbst vergangenen Jahres reagiert. Seither betreut Elke Schütte das Grünflächen-

management des Betriebshofes und hat schon einiges zum Beispiel auf städtischen Spielplätzen bewirkt.

Natürlich werden auch derzeit die städtischen Grünanlagen gepflegt. „Die Pflegepläne wurden aber aufgestellt, als es noch mehr Personal gab“, sagt Marner. Wenn Einwohner vernachlässigte Flächen melden, so würde das ernst genommen und wenn möglich Abhilfe geschaffen.

Die WNK UWG hat eigene Vorstellungen, wie die Grünflächen gepflegt werden könnten, wenn das Kataster dann endlich vorliegt. „Im Rahmen einer Beschäftigungsgesellschaft könnten arbeitsfähige Bezieher von Transferleistungen (ohne Schwerbehinderung) befähigt werden, unter anderem in der Grünflächenpflege tätig zu werden“, schlägt Kind vor. „Wobei es in erster Linie darauf ankommt, die Menschen wieder in einen strukturierten Tagesablauf zu bringen“, erklärt Kind näher.

MÄNGELMELDER

BESCHWERDEN Wer der Stadt Wermelskirchen vernachlässigte öffentliche Grünflächen benennen möchte, kann dies mit dem Mängelmelder tun und gleich ein Foto dazu liefern. Der Mängelmelder kann aufs Smartphone geladen werden. Alternativ kann auf der städtischen Seite ein Formular ausgefüllt werden.

 wermelskirchen.de

Die WNK UWG hat für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales und Inklusion am 15. November einen entsprechenden Antrag vorgelegt.

Kind will aber nicht nur reden, sondern auch selbst handeln. „Ich möchte Herrn Füllhase gerne bei seinem temporären Engagement für die Hüppanlage unterstützen und biete ihm an, ihm bei seiner Müllsammel-Aktion tatkräftig zu helfen“, kündigt Kind an.

» Standpunkt



Die Pflanzkübel, die bis zu einem Verkehrsunfall auf dem provisorischen Kreisverkehr Berliner/Mozartstraße standen und von einer Anwohnerin der Mozartstraße bepflanzt wurden, werden wohl nicht wieder aufgestellt. „Wenn es die Anwohner nicht unbedingt anders wünschen, bleibt das Provisorium so bis zum endgültigen Ausbau“, sagt Beigeordneter Marner. Foto: Mittelstadt

STANDPUNKT

Patenschaft übernehmen

Von Karsten Mittelstädt

Wer durch Wermelskirchen schlendert, sieht weggeworfene Pappbecher in Grünanlagen, Plastiktüten, die sich in den Büschen am Straßenrand verfangen haben, zugewucherte Verkehrsinseln oder Grasbüschel zwischen Gehwegplatten auf Bürgersteigen. Wenn man die Augen aufmacht, kann man aber auch herbstlich gefärbte Parks wie an der Jörgensgasse sehen und gepflegte Spielplätze, auf denen Kinder spielen. Es kommt mitunter auch darauf an, was man sehen will. Wer sich über jeden Grashalm ärgert, der am Straßenrand wächst, dem werden wohl eher die Schmutzecken der Stadt auffallen. Es ist unmöglich, alle Grünflä-

chen der Stadt dauerhaft in einem gepflegten Zustand zu halten. Das können wir uns ohnehin nicht mehr leisten. Also muss eine Prioritätenliste her, in der steht, für welche Grünflächen die Stadt sich intensive Pflege leistet. Und das muss die Mehrheit im Rat auf Grundlage des Grünflächenkatalogs entscheiden. Wem das nicht gefällt, der kann sicher gerne die Patenschaft über die eine oder andere Grünfläche übernehmen.

» Stadt will Grünflächenpflege ...

karsten.mittelstaedt@rga-online.de



WNK/ UWG möchte
den Streetworker



Henning Rehse hatte das Thema für den Jugendhilfeausschuss angeregt.

Foto: Schmitz

Auch die WNK/ UWG spricht sich für den Einsatz eines Streetworkers aus. Das betont Fraktionsvorsitzender Henning Rehse noch einmal nachdrücklich. Anfang August hatte die Fraktion den Antrag gestellt, das Thema auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses zu setzen. Anlass waren die Geschehnisse im Dorfpark in Dabringhausen gewesen, in dem sich, wie berichtet, Anwohner über Lärm und Radl in den Abendstunden beschwert hatten. Nachdem es im Ausschuss diskutiert wurde, hatte die Stadt die Stelle des Streetworkers aber aus dem Stellenplan gestrichen. Jetzt ist sie wieder im Gespräch.

acs

STANDPUNKT

Es ist ein Teufelskreis

Von Anja Carolina Siebel

Die Problematik „Ärztemangel“ ist vielleicht in Wermelskirchen noch nicht so deutlich. Weil ein jeder noch „seinen“ Hausarzt hat. Oder zumindest die meisten. Spürbar wird es nur, wenn dem Mediziner mal wieder die Zeit fehlt. Oder wenn jemand einen neuen Hausarzt sucht, der Gewählte aber keine Patienten mehr annimmt. Ob man es wahrhaben will oder nicht: Die Struktur der niedergelassenen Ärzte in Deutschland verändert sich. Viele möchten sich nicht mehr mit einer Einzelpraxis selbstständig machen, arbeiten stattdessen als angestellte Ärzte in Medizinischen Versorgungszentren oder großen Gemeinschaftspraxen. Es ist

ein Teufelskreis, in dem sich auch niedergelassene Wermelskirchener Ärzte befinden: aus Arbeitszeitverknappung, Zerschlagung selbstständiger Strukturen und Madigmachen eines im Grunde geschätzten und vor allem gebrauchten Berufs durch das System, durch Vorgaben und bürokratischen Aufwand, dem die Ärzte Tag für Tag ausgesetzt sind. Es wird Zeit, dass dieser Teufelskreis durchbrochen wird. Vor allem im Sinne der Patienten.

» Hausärzte ...



anja.siebel@rga-online.de

Hausärzte brauchen Entlastung

WKA

27.10.

In der Katt diskutierten Fachleute über das Thema Ärztemangel. Bürokratie macht Medizinern Stress.

Von Anja Carolina Siebel

Das Fazit ist deutlich. Und stand eigentlich schon vor der Diskussion in der Katt fest, zu der für Donnerstagabend die WNK/UWG eingeladen hatte: Die Hausärzte, auch in Wermelskirchen, brauchen Entlastung. Weil sie täglich mit Bürokratie überschwemmt werden und weil sie aufgrund vieler Faktoren wachsende Patientenzahlen haben. Das liegt unter anderem daran, dass Praxen schließen und es wenig Nachwuchs gibt, der eine Landarztpraxis übernehmen oder neu eröffnen möchte.

Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion, Dr. Hermann Josef Tebroke (Bundestagsabgeordneter der CDU), Rainer Deppe (Landtagsabgeordneter der CDU), Tobias Hopff, Obmann der Wermelskirchener Hausärzte, Christian Madsen, Geschäftsführer des Krankenhauses, Dr. Heribert Wiemer, Odenthaler Mediziner und Vorsitzender der Kreisstelle



In den kleinen Saal der Kattwinkelschen Fabrik hatte die WNK/UWG zur Podiumsdiskussion eingeladen.

Foto: Peter Meuter

der Kassenärztlichen Vereinigung sowie Bürgermeister Rainer Bleek hatten auch einige Lösungsvorschläge mitgebracht.

So richtete Christian Madsen den deutlichen Wunsch an die Kassenärztliche Vereinigung, eine Notfallpraxis am Krankenhaus zu etablieren. Das Modell, das es beispielsweise in der Nachbarstadt Remscheid gibt, sieht vor, dass niedergelassene Ärzte in einem Sprechzimmer am Krankenhaus Dienste übernehmen und Patienten versorgen, die mit Beschwerden wie grippalen Infekten oder kleineren Verletzungen nicht zwingend in eine Krankenhausambulanz gehören. „Davon haben wir immer noch zu viele, die uns dann Zeit nehmen für schwere Fälle“, bemerkte Madsen. Das Problem sei aber systemimma-

nent: „Die Leute wissen ja derzeit nicht, wo sie hin sollen.“ Eine Notfallpraxis wäre seiner Ansicht nach eine gute Lösung für das Problem.

Dr. Hermann Josef Tebroke erinnerte an die Möglichkeit des Einsatzes sogenannter Versorgungsassistenten, die chronisch kranke Patienten versorgen, Blutdruck messen, Verbände wechseln und Blut abnehmen können, dabei aber immer in engem Kontakt mit dem Hausarzt stehen. Der müsste allerdings nicht selbst den Hausbesuch machen. Das Modell greift bereits in Thüringen.

Fakt ist, dass es in Wermelskirchen derzeit noch 17 Hausärzte für rund 35 000 Einwohner gibt, acht Stellen sind vakant. Fakt ist auch, dass Wermelskirchen mit einer Haus-

arztquote von 75 Prozent das unterversorgteste Gebiet im Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein ist.

Dr. Heribert Wiemer sieht die Lage nicht so negativ wie manch anderer: „Die Wermelskirchener müssen sich keine Sorgen machen“, sagte er. „Von Unterversorgung kann noch überhaupt keine Rede sein. In Wermelskirchen gibt es immer noch 17 Hausärzte; keiner von ihnen ist über 65.“

Nur wenige trauen sich noch in die Selbstständigkeit

Er räumte indes ein, dass es langfristig zu Engpässen kommen könne. „Das liegt daran, dass es immer weniger junge Ärzte gibt, die in die Selbstständigkeit wollen. Viele möchten in Gemeinschaftspraxen und als Angestellte arbei-

ÄRZTEVERSORGUNG

KONTAKT Auf der Internetseite der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein gibt es eine Niederlassungsberatung für Ärzte. Dort können Städte ihr Profil hinterlegen und für sich als Standort werben. Burscheid und Hückeswagen sind vertreten, Wermelskirchen nicht. www.kvno.de

ZAHLN Wie aus Daten der Bundesärztekammer hervorgeht, waren im Jahr 2015 insgesamt 150 106 Ärzte bundesweit ambulant tätig. Gleichzeitig stieg die Zahl der Behandlungsfälle an, und ein Ende dieses Trends ist nicht in Sicht. Der Bedarf steigt, die Zahl der Ärzte indes nicht.

ten.“ Das liege aber auch am hohen Anteil der Frauen bei den Medizinstudenten, die, bedingt durch ihre Familienplanung, später ausfallen oder in Teilzeit arbeiten.

Die zunehmende Bürokratie in den Praxen bereite allen Niedergelassenen Sorge. Das bestätigte auch Tobias Hopff. Wiemer: „Wir verbringen 57

Tage im Jahr nur mit dem Ausfüllen von Formularen. Das entspricht einem ganzen Quartal.“ Auch das mache den Beruf des Hausarztes nicht gerade attraktiv für Uni-Absolventen.

Rainer Bleek bemerkte: „Wir können nur die weichen Faktoren weiter verbessern. Unsere Standort-Attraktivität.“

» Standpunkt

Acht unbesetzte Arztplätze in der Stadt

Ärzte arbeiten am Anschlag. Diskussionsrunde wirbt für den „tollen Beruf“ im ländlichen Raum. Änderung ist nicht in Sicht.

DK
27.10.

VON STEPHAN SINGER

Die Versorgung mit Hausärzten steht in Wermelskirchen nicht zum Besten – acht Plätze, die nach dem Bedarfsplan zu besetzen wären, sind frei. Dieses Problem teilt die Stadt mit anderen Kommunen vor allem im ländlichen Raum. Darin waren sich die Teilnehmer der Diskussionsrunde in der Katt, zu der WNKUWG eingeladen hatte, einig. Allerdings prallten in dem gut eineinhalbstündigen Gespräch auch Einschätzungen aufeinander. So stellte Dr. Heribert Otto Wiemer von der Kassenärztlichen Vereinigung fest, dass formell erst von einer Unterversorgung die Rede sei, wenn nur 65 Prozent der im Bedarfsplan vorgesehenen Hausarztplätze besetzt sind: „In Wermelskirchen gibt es keine Unterdeckung. Hier braucht sich niemand Sorgen machen, dass er vor einer Praxis in der Warteschlange steht.“ Damit gab sich Bürgermeister Rainer Bleek nicht zufrieden: „Wermelskirchen ist in der Region Nordrhein die einzige Kommune mit nur 74,7 Prozent Bedarfsplandeckung.“

Bleek, der vor seiner Wahl zum Ersten Bürger der Stadt beruflich für eine Krankenkasse arbeitete und Kenner des Gesundheitswesens ist, betonte: „Zwischen 2009 und 2017 ist die Zahl der Ärzte gestiegen, aber nicht die der Praxen. Diese Tendenz geht weiter so.“ Landtagsmitglied Rainer Deppe (CDU) stellte fest: „Wir haben über viele Jahre zu we-



Das gut besetzte Podium der WNKUWG-Diskussionsrunde (v.l.) mit Dr. Hermann-Josef Tebroke MdB, Rainer Deppe MdB, Rainer Bleek, Moderator Stefan Kind, Tobias Hopff (Obmann), Geschäftsführer Christian Madsen und Dr. Heribert Otto Wiemer (KZV).f

OTO: PETER MEUTER

nig Ärzte ausgebildet – das hat sich aktuell verbessert.“ Und: „Wir brauchen attraktive Lebensbedingungen, das ist unsere Aufgabe.“

Dr. Hermann-Josef Tebroke (MdB-CDU) und Heribert Wiemer warben dafür, den ländlichen Raum und den „tollen Beruf“ des „Landarztes“ positiv und selbstbewusst darzustellen. Alle Gesprächsteilnehmer waren sich darin einig, dass es keine finanziellen Gründe sind, sondern „weiche Faktoren“, die Ärzte von einer Praxiseröffnung auf dem Land abhalten. „Da hat Wermelskirchen seine Hausaufgaben gemacht. War-

um wir die niedrigste Versorgung mit Hausärzten in Nordrhein haben, ist mir schleierhaft“, hieß es.

Wiemer versuchte Antworten zu finden: „Obwohl Wermelskirchen ein Wachstumspotential von 21 Prozent hat, besteht das Problem. Ein Grund könnte die schlagkräftige Krankenhaus-Konkurrenz in Remscheid und Solingen sein.“ Die Kassenärztliche Vereinigung habe schlicht keine Interessenten, mit denen man über die Gründe für Pro oder Contra sprechen könnte. Was viele vom Hausarzt-Beruf abhalte, sei die überbordende Bürokratie.

Krankenhaus-Geschäftsführer Christian Madsen, führte eine Notfallpraxis zur Entlastung der Notfallaufnahme ins Feld: „Das jetzige System versteht keiner. Eine Notfallpraxis könnte die leichteren Fälle direkt behandeln und die schwereren ins Krankenhaus weiterleiten.“ Das Krankenhaus wäre in Wermelskirchen keine Konkurrenz zu niedergelassenen Ärzten, sondern deren Kooperationspartner, was zukünftig so bleiben werde.

Für die Notfallpraxis-Idee zeigte sich Dr. Wiemer aufgeschlossen, erinnerte jedoch: „Das Vorhaben

INFO

Vorschläge zur Entlastung der Ärzte

Hierüber wurde auch diskutiert:

- Behandlung via Internet (Telemedizin).
- Nutzung vorhandener Förderprogramme zur Reduzierung des wirtschaftlichen Risikos bei der Eröffnung einer Landarztpraxis.
- Eröffnung von Zweitpraxen, die ein niedergelassener Arzt betreibt und in denen ein angestellter Arzt tätig ist.
- Die Gründung von Hausarztpraxen durch die Kassenärztliche Vereinigung, die per Gesetz zur Sicherstellung der Versorgung verpflichtet ist.
- Einführung der elektronischen Krankenakte.

scheiterte vor sechs oder sieben Jahren am Einspruch aus Remscheid, wo man die Existenz der dortigen Notfallpraxis gefährdet sah.“ Als Obmann der niedergelassenen Ärzte sprach Hausarzt Tobias Hopff: „Unser Beruf ist toll und vielseitig – wir behandeln nicht nur Schnupfen oder Zeckenbisse. Privatpatienten werden nicht bevorzugt, das funktioniert auf dem Land, wo jeder jeden kennt, nicht. Ich persönlich kann und werde keinen Patienten ablehnen – es ist anstrengend, es ist am Anschlag, aber niemand muss sich Sorgen machen.“